

Menschen werden behindert

Flüchtlinge treten seit einigen Monaten selbst für ihre Interessen ein. Sie fordern eine menschenwürdige Behandlung, das Recht zu bleiben sowie zu arbeiten. Den Gewerkschaften kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu. Die SLP ist Teil der Bewegung und mobilisiert auch für die Demonstration am 16. Februar in Wien.
Seite 2

Schweden: Neoliberales Modell!

Tunesien: Der 2. Jahrestag seit dem Sturz von Ben Ali nähert sich. Aber die Masse der Bevölkerung hat wenig Grund zu feiern. Die Probleme, die den revolutionären Aufstand von 2011 ausgelöst haben, bestehen weiterhin. Ennahdha hat den Vertrauensvorschuss verspielt, lokale Generalstreiks erschüttern das Land – und es gibt ein neues Bündnis der Linken.
Seite 12

Schwerpunkt

Rechtsextremismus Waffenfunde, Verbindungen zwischen Burschenschaften und FPÖ. Der Rechtsextremismus in Österreich ist gefährlich und hat eine lange Tradition.
Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 215 | 2.2013

Schluss mit Angriffen auf Löhne & Soziales!

Am 9.1. verkündete ÖVP-Finanzministerin Fekter, dass die Wirtschaft wieder „auf festem Boden“ stehe und „die Talsohle überschritten“ sei. Das ist Schönfärberei und Zweckoptimismus. Denn 2013 wird die Arbeitslosigkeit weiter steigen. Die Reallöhne werden angesichts von Nulllohnrunde und niedrigen Abschlüssen sinken, die Armut weiter zunehmen. Bei der Heeres-Volksbefragung zeigte sich: Die Aufrüstung (getarnt als „Reformen“), um das Heer gegen künftige Proteste im Land einsetzen zu können, kommt so oder so. Und die

wird, ist eine Verschlechterung für uns.

Und solche Verschlechterungen fordern die KapitalistInnen. Umsetzen soll und will das die Regierung. ÖVP-Wirtschaftsminister Mitterlehner bezeichnete Mitte Jänner den Schutz für ArbeitnehmerInnen als „überzogen“. Weitere Angriffe auf Arbeitszeiten, Urlaubs- und Pausenregelungen sind geplant. Und das Geld, das wir durch Steuern zahlen, verspekulieren die PolitikerInnen, stecken es selber ein oder schieben es ihren FreundInnen in der Wirtschaft zu.



Die Unfähigkeit der „Elite“ ist offensichtlich.

Die kapitalistische Wirtschaft dient nur Wenigen.

Mehrheit für die Wehrpflicht war v.a. eine Mehrheit für den Zivildienst. Das spiegelt die Angst vor einem weiteren Abbau im Sozial-, Gesundheits- und Pflegewesen wider. Denn: Jede „Reform“, die von der Regierung durchgeführt

Es reicht! Es ist nicht akzeptabel, dass eine Million Menschen hierzulande weniger als 700.- pro Monat zur Verfügung hat und gleichzeitig die reichsten zehn Familien über 68,6 Milliarden Euro verfügen. Wir wollen nicht mehr Ar-

mut und Sozialabbau, sondern höhere Löhne und Geld für Gesundheit, Bildung, öffentlichen Verkehr, Wohnen und Umwelt. Der Wunsch nach einer Veränderung ist groß. Eine politische Alternative ist notwendig. Wir brauchen ei-

ne neue sozialistische Partei, die kompromisslos die Interessen der ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen und sozial Schwachen vertritt und kämpferisch verteidigt! Wir wollen nicht länger auf dem Unterdeck des Schiffes Kapitalismus sitzen und im Akkord rudern. Dieses System funktioniert nicht – Schluss mit der Profitwirtschaft!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Ordentliche Reallohn- und -gehaltserhöhungen!
- Öffentliches Investitionsprogramm in Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr und Umwelt!
- Österreichweiter Aktions- und gewerkschaftlicher Kampftag für höhere Löhne und gegen Sozialabbau!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch In Indien werden Frauen in öffentlichen Bussen von Gruppen von Männern vergewaltigt. Die Wiener U-Bahn ist ein gefährlicher Ort für Frauen. Auch aus anderen Ländern schockieren Berichte über Vergewaltigungen.

Die Reaktionen sind heftig und helfen den Opfern wenig. Lassen wir einmal die Wahnsinnigen beiseite, die behaupten, Frauen wären „selbst schuld“. Bedenklich ist der Mythos vom sicheren Heim. Bekannt werden meist nur die – vergleichsweise seltenen – Fälle, in denen Frauen in dunklen Ecken oder öffentlichen Verkehrsmitteln angegriffen werden. Tatsächlich aber ist der Täter meist kein Unbekannter, gerade

Vergewaltigung: Wie ein Thema missbraucht wird!

bei Kindern häufig ein Verwandter. Vergewaltigung in der Ehe ist in 127 Ländern straffrei. Aber man hält am Idyll der bürgerlichen Kleinfamilie fest. Die FPÖ, bekannt u.a. dafür, dass sie ein Problem mit Einrichtungen für Opfer von (sexueller) Gewalt hat, missbraucht die Opfer für ihre rassistische Hetze und tut so, als ob Migranten die „bösen Perversen“ wären. Die Verbrechen sind unaussprechlich grausam. Doch werden sie zum Vorstoß Richtung Law&Order missbraucht, was die Zahl der Vergewaltigungen nicht reduzieren wird.

Völlig ignoriert werden die URSACHEN für Vergewaltigung: eine Gesellschaft, in der Frauen in Abhängigkeit gehalten werden und wo konservative Sexual- und Rollenbilder dominieren. Wo das Geld für Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen durch Frauen selbst fehlt. Wo die Ausbeutung von Frauen sich durch Kürzungen bei Löhnen und Sozialausgaben erhöht und die Möglichkeit für ein sicheres und selbstbestimmtes Leben reduziert wird.

Vergewaltigungen sind zu furchtbar, um sie den den Bigotten, den Todesstrafen-BefürworterInnen, den Sozialabbauern und den RassistInnen für ihre miese Propaganda zu überlassen!

Impressum, Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundessprecherin Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung VORWÄRTS hat Sonja Grusch inne. | Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatik der SLP | Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstraße 14/11 | Auflage: Je nach Thema unterschiedlich | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U | Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733

Eine neue Qualität: Flüchtlinge wehren sich selbst

In Österreich gibt es eine Tradition von Asylprotesten. Teilweise mit Erfolg ist auch die SLP schon seit Jahren aktiv dabei, für Bleiberecht und demokratische Rechte zu kämpfen. Ende 2012 aber begannen erstmals auch Gruppen von Betroffenen, selbstorganisiert Proteste zu gestalten. Zunächst kampierte eine Gruppe somalischer Flüchtlinge vor dem Parlament. Wohl auch dadurch inspiriert, sprang der Protest auf die Bewoh-

nerInnen des Flüchtlingslagers in Traiskirchen über. Auf dem Marsch von Traiskirchen nach Wien wurde die enorme Kraft der Flüchtlinge klar, die 40 km lang laut demonstrierten und nicht müde zu werden schienen. Es folgten Camp und Hungerstreiks. Landes- und Bundesregierung reagierten mit Repression und dem Versuch, die Bewegung zu zerschlagen, indem die Aktivisten über das ganze Land verteilt wurden..



Traiskirchen: Gewollter Notstand

Seit 25.11. gibt es die Bewegung der Flüchtlinge für Bleiberecht, Recht auf Arbeit und demokratische Rechte. Ein längst

Traiskirchen verschärft diese Not weiter.

Acht von neun Bundesländern erfüllen ihre Quote nicht, weigern sich al-

zu respektieren. Die Angst der Bevölkerung vor verschärfter Arbeitslosigkeit und sozialen Problemen ist verständlich – nur sind

Flüchtlinge in Lager zu sperren schafft nur Rassismus und keine Sicherheit.

überfälliger Protest angesichts der Lebenssituation von AsylwerberInnen. Vom ersten Tag an erwartet sie ein Marathon, voll von Herabwürdigung und Repression durch die Behörden. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Elend geflohen sind, werden wie VerbrecherInnen behandelt und sind der Willkür von Sicherheits- und Aufsichtspersonal ausgesetzt. Die Überbelegung von Lagern wie

so, Flüchtlinge aufzunehmen. Hier wird die Bevölkerung vorgeschoben und behauptet, diese wolle keine Flüchtlinge. Tatsächlich entsteht die Angst vor AsylwerberInnen und die Ablehnung von Quartieren für sie dort, wo diese geschürt wird und schon vorher soziale Probleme existieren. Der Wunsch von Flüchtlingen, sich frei bewegen zu können, arbeiten zu dürfen und eine sichere Zukunft zu haben, ist

nicht AsylwerberInnen für diese Probleme verantwortlich. In ganz Österreich sind Betreuungseinrichtungen für Flüchtlinge notwendig, die ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am Leben in der Region ermöglichen. Die Angst vor Flüchtlingen kann am besten bekämpft werden, indem in Ländern und Gemeinden mehr Geld für Jobs und Soziales erkämpft wird.

Tilman M. Ruster



Für das Recht auf Arbeit - Der ÖGB und die AsylwerberInnen

Nirgends wird es so klar wie bei der Forderung auf das Recht auf Arbeit: Der ÖGB trägt die Verantwortung für den Kampf der Flüchtlinge. Zehntausende in Österreich werden durch den Staat gezwungen, illegal Geld zu verdienen. Aus Sicht der Herrschenden ist das kein Missstand, erhält doch die Wirtschaft so billigste Arbeitskräfte. Derzeit hängen Branchen wie Bau oder private Pflege stark an Schwarzarbeit. Flüchtlinge werden

zum Lohndrücken eingesetzt; dabei verlieren sie selbst und österreichische ArbeitnehmerInnen. Die Gewerkschaften sind aufgefordert, in der Mitgliedschaft über die Problematik Asyl, Rassismus und Schwarzarbeit aufzuklären und zu kampagnisieren. Die AsylwerberInnen müssen offensiv als Mitglieder gewonnen und vertreten werden, um dadurch zu verhindern, dass sie als LohndruckerInnen eingesetzt werden.



Neue linke Alternative in Kärnten!

Nach den Korruptions- und Spekulationsskandalen in Kärnten und Salzburg gibt es vorgezogene Wahlen. Auch in Niederösterreich,

nis thematisiert als einzige die katastrophale soziale Situation, mit linken Antworten. Sie sind für die Rückverstaatlichung der

die um 20 % gekürzte Mindestsicherung. Die Allianz greift die zu teure Pflege, Jugendarbeitslosigkeit und den mangelhaften sozialen

nischer nicht sein. Sie wollen den „Zukunftsfond“, das Geld vom Hypo-Verkauf, auflösen und als Zuckerkorn verteilen!

Keine der etablierten Parteien stellt sich klar gegen Sozialabbau! Alle sind in der Sparlogik verhaftet!

wo bis zu € 1,5 Milliarden riskiert wurden, wird im März gewählt. Alle Parteien der drei Landesregierungen (SPÖ, ÖVP, FPK) haben gezeigt, dass sie mit Steuergeld spekulieren und die Verluste mit Kürzungen im Öffentlichen Dienst, bei Bildung, Gesundheit und Sozialem wett machen.

Doch in Kärnten hat sich mit der „Allianz Soziales Kärnten“ eine Alternative gebildet. Das neue Wahlbünd-

(teil-)privatisierten Landesgesellschaften (Immobilien, Strom, Landesspitals). Gefordert wird eine ordentliche Mindestsicherung. Denn das „Kärntner Modell“, für das Haider und Nachfolger massiv verantwortlich sind, basiert auf Almosen des Landesfürsten für Bedürftige, wie Heizkostenzuschuss, aber auch Naturalien (Brennholz)! Diese zynische Demütigung von Armen ist der „Trost“ für

Wohnbau auf.

Das war in Kärnten bitter nötig. Die grünen „Anti-Korruptionskämpfer“ stimmten bei der Erhöhung der Parteifinanzierung (bis 50 %) mit. Holub (Chef der Kärntner Grünen) meinte in den Anfängen des Hypo-Debakels, man müsse für die „Budgetkonsolidierung“ bei den Löhnen der öffentlich Beschäftigten sparen. Das Wahlprogramm der FPK kann iro-

Wenn die „Allianz Soziales Kärnten“ auch aktiv Proteste aufgreift und initiiert, kann das ein bahnbrechendes Signal für andere Bundesländer sein. In Salzburg wurde die Notwendigkeit einer Alternative zu Spekulation und Sozialabbau konkret. Für die Nationalratswahlen hat die SLP Initiativen gesetzt, damit es eine linke Alternative zu dem etablierten Einheitsbrei geben wird.

Jan Millonig

Flüchtlinge in Österreich

Aktuell sind weltweit 44 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Zahl stieg allein im Jahr von 2010 auf 2011 um 20 %. Dennoch werden in Österreich wenige Menschen aufgenommen. 2006 gab es 39.743 offene Verfahren, im November 2012 nur 21.951. Lag die Anerkennungsquote 1987 noch bei 31,4 %, so ist sie jetzt auf 22 % gesunken; der Anteil negativer Bescheide liegt aktuell bei 66 %

Der Arbeitsmarktzugang von AsylwerberInnen ist auf Saison- und Erntearbeit beschränkt. Nach drei Monaten darf ein Antrag gestellt werden. 2012 stellte das AMS für 760 AsylwerberInnen (2,6 %) Beschäftigungsbewilligungen aus. Arbeitende AsylwerberInnen riskieren, aus der Grundversorgung herauszufallen und nach Ende des Arbeitsverhältnisses ohne finanzielle Unterstützung dazustehen.

Asylsuchende erhalten derzeit € 19,- täglich. Allerdings erhält diesen Betrag die Einrichtung, in der ein Flüchtling untergebracht ist (für Miete, Personal usw.). Wird in der Einrichtung gekocht, wird der Betrag ganz einbehalten. Wenn nicht, werden fünf Euro ausbezahlt, von denen alles beglichen werden muss, was Menschen brauchen. Die Barleistungen wurden das letzte Mal vor mehr als 12 Jahren erhöht.

Zum Vergleich: Asylsuchende machen 0,25 % (21.951 offene Verfahren) der Gesamtbevölkerung aus. 0,85% der Bevölkerung, das sind 72.100 Menschen, sind MillionärInnen. Pro Jahr legt das Vermögen der MilliardärInnen in Österreich um 10 %, das der MillionärInnen um 8 % zu. Sie besitzen 223 Mrd. Euro oder ein Drittel (33 %) des Finanzvermögens im Land.

Quellen: BMI, Asylkoordination Wien, AG Selbstorganisation von Flüchtlingen, Valuga-Studie

Der rechte Rand

Der „Human Way“ der CPÖMP?

Am 3.3. finden die Landtagswahlen in NÖ statt. Am 9.1. erklärte das BZÖ, dass es nicht kandidieren werde. Trotzdem bleibt der rechts-extreme Rand bei der Wahl „bunt“: Vermutlich werden es gleich zwei rechte Initiative schaffen, in zumindest einigen Wahlkreisen zu kandidieren. Rudolf Gehrings „Christliche Partei Österreich“ hat sich mit der „Mitte (Kleinst-)Partei Österreich“ zur „CPÖMP“ verbündet.

Zumindest zweite-re Partei ist unbekannt. Hinter dem schwer greifbaren Gerede von „kapitalistischem Sozialismus“ und „sozialistischem Kapitalismus“ steckt die übliche liberale Ideologie. Warum der rechtsradikale Gehring sich mit der Partei verbündet ist nicht klar. Vielleicht ist es der Versuch, harmloser zu wirken. Gehring war im letzten Bundespräsidentenwahlkampf durch rassistische, frauenfeindliche, homophobe und teils einfach nur wirre Äußerungen aufgefallen.

Die „Mutbürgerpartei“ klingt sogar noch harmloser. Auf den ersten Blick handelt es sich um ein Bündnis von Gruppen, die einen neuen Politikstil vertreten. Dahinter verbirgt sich auch Franz Hörmanns Gruppe „Human Way“. Die Presse nannte ihn „Professor Extrem“, nachdem er im Februar 2012 den Holocaust in Frage stellte und von der WU suspendiert wurde. Ein eingeleitetes Strafverfahren wurde zwar eingestellt, seine Äußerungen nahm er aber nie zurück. Die anderen versuchen teilweise, der Wirtschaftskrise mit Nationalismus entgegenzutreten. Was sich noch an Rechten in diesen Listen tummelt wird sicher interessant.

Sozialisierung (Überführung von Unternehmen in gesellschaftliches Eigentum) war nach dem 1. Weltkrieg ein dominantes Schlagwort im politischen Alltag. Drei Konzepte (wirtschaftlicher) Systemveränderung standen einander gegenüber: 1) langsame, schmerzlose Transformation (Sozialdemokratie), 2) die dezentrale Kontrolle/Übernahme der Betriebe (SyndikalistInnen) und 3) radikaler Bruch durch die Kombination von Streikbewegung und zentral geführtem politischen Aufstand (KommunistInnen). Im Jänner 1919 führte der Unmut über mangelnde Ergebnisse beim zunächst eingeschlagenen Weg 1 zur radikalen So-

Frisch gekämpft, ist halb gewonnen!

zialisierungsbewegung im deutschen Ruhrgebiet. Anfangs verlangten die Belegschaften nur Kontrollrechte. Rasch entwickelten sich die Forderungen aus den Betrieben in Richtung schneller und vollständiger Sozialisierung. Bereits im Februar wurde von den Linkskräften (USPD, KPD) ein Generalstreik beschlossen. In mehreren Wellen streikten im April 1919 über 300.000 Menschen (3/4 der Belegschaft). Wie zentral – entgegen den syndikalistischen Konzepten (Weg 2) – die Frage der politischen Macht tatsächlich war, zeigten nicht nur die heftigen Zusammenstöße mit der extremen Rechten. Unterstützt von Severing (SPD) wurde der Belagerungszustand über das lebenswichtige Kohlegebiet verhängt. Die Niederung der Bewegung zog sich noch bis in den Mai hin. Zahlreiche ArbeiterInnen schlossen sich in Folge linken, nicht-sozialdemokratischen Strömungen an.

(je)



Von Null auf Fünfzig!

Auch 2012 haben viele Unternehmen Gewinne eingefahren. Doch die Preise steigen und die „Angebote“ der Unternehmen in

ten stiegen auf die Barrikaden. Mit Dienststellenversammlungen und Demonstrationen, die einem Streik gleichkamen,

zeigt Salzburg, was möglich ist. Salzburg zeigt aber auch, dass die Gewerkschaftsspitze teilweise übergangen werden muss,

Gewerkschaft unter ihrem Druck. Deswegen der Aufruf zu Protesten am 30. Jänner. Die Gewerkschaft wollte damit einerseits Druck auf die Unternehmen ausüben, aber auch Druck der Basis ablassen. Gerade wegen der starken Überschneidungen zwischen Öffentlichem Dienst und BAGS sollten die Proteste gegen die Nulllohnrunde, die es ja gibt, mit jenen im BAGS-Bereich zusammengeführt werden. „Die KollegInnen wollen nicht kämpfen“ ist eine Ausrede der Gewerkschaftsführung – jede ernsthafte Mobilisierung hat bisher zu großen Protesten geführt. Nur dürfen sie nicht auf halbem Weg stehen bleiben!

Albert Kropf

Dampf ablassen ist vielen KollegInnen zu Recht zu wenig. Nur wer kämpft, kann auch gewinnen!

den Kollektivvertragsverhandlungen sind dürftig. Doch es zeigt sich, dass dort, wo entschlossen gekämpft wird, auch was rausgeholt werden kann.

Dass das notwendig und möglich ist, zeigte das Beispiel Salzburg. Das Land wollte eine Nulllohnrunde im Öffentlichen Dienst umsetzen. Die Gewerkschaftsführung hatte sich damit abgefunden. Doch die Landesbediensteten

brachten sie die Landesregierung unter Druck. War sie ursprünglich nicht einmal zu Verhandlungen bereit, erhalten die Landesbediensteten nun eine Erhöhung von 50,- brutto. Zweifellos zu wenig, wie viele KollegInnen zu Recht meinen. Die VerhandlungsführerInnen haben sich wohl von der Salzburger Spekulations- und Finanzkrise in die Defensive drängen lassen. Und doch

wenn wir unsere Interessen durchsetzen wollen.

Die Kollektivvertragsverhandlungen im privaten Gesundheits- und Sozialbereich (BAGS) steckten für Wochen fest. Angesichts von bereits mageren Abschlüssen in der Vergangenheit und immer mehr Arbeitsdruck boten die Unternehmen nur matte 1,8%. Viele Beschäftigte stehen schon mit dem Rücken zur Wand und die

Wahlerfolg mit kämpferischem Programm



Anfang Dezember 2012 fanden bei „Jugend am Werk“ in der Berufsausbildung Betriebsratswahlen statt. Mit der Liste „aktiv sein“ traten sieben KollegInnen erstmals zur Wahl an und bekamen 38 % der Stimmen (zwei Mandate im sechsköpfigen Betriebsrat). Im Wahlprogramm lagen die Schwerpunkte auf Transparenz, Mitbestimmung, Solidarität und Kampfbereitschaft. Vor allem unser kämpferischer Zugang kam bei den KollegInnen gut an.

Wohl auch deshalb, weil gerade die KV-Verhandlungen im BAGS anstehen und die Forderungen, die wir aufstellen, widerspiegeln, was die KollegInnen wollen. 7 %, aber mindestens € 150,- würden einen wirklichen Reallohnzuwachs bedeuten. Und wir machten klar, dass Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen nötig sind.

Denn auch im Gesundheits- und Sozialbereich sind die KollegInnen dazu

bereit und schrecken auch vor Streiks nicht zurück. Den Abschlüssen müssen die Betroffenen in Urabstimmungen zustimmen. Ansonsten muss weitergekämpft werden.

Nun gehen wir daran, unser Wahlprogramm gemeinsam mit den KollegInnen in die Tat umzusetzen. Unsere Forderungen tragen wir am 30. Jänner bei der BAGS-Demo auch in die Öffentlichkeit.

Herbert Wanko, Betriebsrat Jugend am Werk

Landesbeschäftigte leisten Widerstand

Am 3. und 10. Dezember 2012 zeigten die Salzburger Landesbeschäftigten, was sie von der Sparpolitik von SPÖ und ÖVP halten. Zwischen 3.000 und 5.000 Beschäftigte gingen während der Arbeitszeit auf die Straße. Dieser de-facto-Streik wurde gegen den Willen der Gewerkschaftsführung geführt, die auf Seiten der Regierung steht. „Die Gewerkschaftsbonzen haben uns verraten und verkauft. Jetzt müssen wir das alleine machen“, kommentierte ein Kollege aus der Straßenmeisterei die GÖD-Führung. Umso kämpferischer war die Stimmung der KollegInnen. „Wir können und wir werden uns das schlicht nicht leisten“, so eine Krankenpflegerin. Auf selbstgemalten Transparenten standen Slogans wie „Nulllohnrunde im ganzen Land? Unsere Antwort: Widerstand!“ bis hin zu „One Solution: Revolution!“

Der Spekulationsskandal heizte die Gemüter zusehends an. Die Unzufriedenheit über Burgstaller, Haslauer und Co. war deutlich spürbar. „Für das Volk ist die sicher nicht gewählt.“, kommentierte ein Kollege.

Die SLP war die einzige linke Organisation, die die KollegInnen von Anfang an unterstützte. Bei sämtlichen Betriebsversamm-

lungen und Demonstrationen waren AktivistInnen der SLP vor Ort, diskutierten mit den KollegInnen mögliche nächste Schritte, verteilten tausende (tagesaktuelle) Flugblätter und organisierten aktiv Solidarität (so u.a. eine Solibotschaft der ÖH).

Von Seiten der RednerInnen kam mehrmals: „Am Wahltag ist Zahltag.“ Allerdings war fast niemandem klar, wen sie statt SPÖ und ÖVP wählen sollten. Vielen KollegInnen war klar, dass es eine Alternative zu den etablierten Parteien braucht. Auch die Idee einer neuen Linken wurde diskutiert. Dazu ein Kollege: „So etwas wie eine Linke bräuchte es ja eigentlich. Das sollte man auch jetzt entwickeln. Jetzt wäre was komplett Neues notwendig.“ Der Protest ist ein wichtiges Zeichen gegen die Sparpolitik der Regierung. Am 18.01. wurde von Personalvertretung und Regierung eine Lohnerhöhung von € 50 beschlossen. Angesichts der österreichweiten Nulllohnrunde zeigt das, dass sich Kämpfen auszahlt. Im Landeskrankenhaus wird es zudem eine Urabstimmung über das Ergebnis geben (deren Resultat bei Redaktionsschluss noch nicht vorlag).

Lukas Kastner



Flüchtlingsprotest in Linz

Der Flüchtlingsprotest findet nicht nur in der Votivkirche, sondern auch in Linz statt. Schon nach der Räumung des Pro-

testcamps hat es in Linz eine Demo gegeben. Am 24.1. fand noch eine Solidaritätsdemo statt. 60 Leute marschierten lautstark durch Linz. Neben der bewegenden Rede einer migrantischen Kollegin hat die Teilnahme von Numan, einem zentralen Aktivist der Flüchtlinge in Wien, große Motivation gebracht. Sehr erfreulich war die Beteiligung vieler solidarischer

Einzelpersonen. Einige PassantInnen und SchülerInnen haben sich spontan dem Zug angeschlossen und die Kundgebung

„Die Bewegung muss sich auf Bundesländer, Organisationen und Gewerkschaften ausweiten!“

gegen rassistische Angriffe verteidigt. Die Aktion war ein sehr gutes und wichtiges Signal, um zu zeigen, dass der Protest der Flüchtlinge auch in den Bundesländern Unterstützung findet. Sehr schade war aber, dass sozialdemokratische Jugendorganisationen und GewerkschafterInnen zu gesagt haben, aber nicht gekommen sind. Jan Millonig (SLP Linz) mein-

te, „Die Gewerkschaften müssen sich dringend an der Bewegung beteiligen, damit sie neue Kraft und eine neue Ebene be-

kommt! Denn es sollte das ‚ureigenste‘ Interesse auch von hier ansässigen ArbeitnehmerInnen mit und ohne Migrationshintergrund sein, dass AsylwerberInnen nicht rechtlos sind und so als Lohndrücker und Drohmittel missbraucht werden!“ Das war der Beginn der Mobilisierung in Linz für die bundesweite Großdemo am 16.2. in Wien.

Jan Millonig



Protestsongcontest: Refugees und Ballad of Zhanozen

Ballad of Zhanozen hat es unter die besten 25 des Protestsongcontests geschafft. CWI-Aktivistin Laura Rafetseder performte den Song im Rahmen der Vorausscheidung am 25.1. live und sprach über die Hintergründe des Songs: Das Massaker an streikenden Öl-ArbeiterInnen in Schanaosen durch das kasachische Regime am 16.12.2011. Ebenfalls bei der Vorausscheidung: Refugees vom Vienna Refugee Camp, die

ihrem Protest ebenfalls Gehör verschaffen wollen - und es ins Finale geschafft haben! Die SLP war mit Infomaterial vor Ort und hat Unterschriften und einiges an Spenden gesammelt. Das Finale des Protestsongcontests findet traditionell am 12. Februar statt, dem Jahrestag des Kampfes gegen den Austrofaschismus im Jahr 1934, als sich erstmals bewaffnete ArbeiterInnen gegen den Faschismus zur Wehr setzten.!

Termin des Monats

16.2.: Asylgroßdemo!

Mehr als zwei Monate kämpft die Flüchtlingsbewegung schon gegen die Missstände im Fremdenrecht. Ihre Forderungen nach Bleiberecht und Arbeitserlaubnis sollen nun in einer Großdemonstration gebündelt werden. Nur, wenn wir alle gleiche Rechte haben, können wir uns gegen Angriffe

auf Soziales und rassistische Spaltung wehren.

**Du willst bei der Mobilisierung mithelfen?
Melde dich unter:
slp@slp.at!
16. Februar 2013
Demonstration in Wien**

Die SLP mobilisiert aus ganz Österreich!

Der „Kaffeessiederball“ hat seinen „Traditionstermin“ zugunsten des „Akademiker“/FPÖ/WKR-Balls verloren – da half nicht einmal sein heuriges Motto „Wiener Blut“. Die meisten großen Bälle bezeichnen sich als „gehoben“, „traditionsreich“ und „bürgerlich“. Das heißt: nicht für Menschen ohne Geld. Hier wird auch das traditionelle Frauenbild hochgehalten. „Er“ führt (und verführt), „sie“ wartet artig darauf, aufgefordert zu werden. Hübsch verpackt, um für alle attraktiv zu scheinen, und damit Mädchen diese „Werte“ verfolgen, von „Prinzessinnen“-Dasein, großer Robe, rauschender Ball-

Rote Seitenblicke

nacht träumen. Gegen das Verkleiden ist nichts zu sagen, nichts spricht gegen Tanz, schöne Kleider und – wem's gefällt – auch Kitsch. Das Perfide ist der Inhalt. „Sie“ ist nichts ohne ihn (ohne Begleitung zu erscheinen ist eine Katastrophe!). Was „gutes Benehmen“ betrifft, so wäre es wünschenswert, dass alle begeisterten Handküsser Frauenarbeit ordentlich bezahlen und ihre 50% bei Hausarbeit und Kindererziehung leisten. Apropos Handkuss: Fast alle Bälle sprechen in ihrem Namen nur Männer an, die traditionelle bürgerliche Frauenrolle am Ball ist die des dekorativen Aufputzes. Das (bis zu einem gewissen Alkoholspiegel) galante Zeremoniell macht Frauen am Ball zum Objekt der Brautschau. Der Cinderella-Traum dient der Herrschaftslegitimation des Prinzen, auch wenn dieser „nur“ von Geldadel ist. Cinderella könnte sonst dahinterkommen, dass sie kein Kleid hat, weil der Prinz das ganze Geld hat.

Helga Schröder



Karneval statt Kampf dem Kapital?

Während das restliche Jahr hierzulande das Vermummungsverbot gilt und Demozüge eher rar sind, können wir im Fasching bzw. in der Fastnacht „unge-

findet das heitere Treiben meist nur im Februar statt, damit die Gesellschaft den Rest der Zeit "einwandfrei funktioniert". Auf die lusterfüllte Narrenzeit, das

Herrschenden die Meinung zu sagen und alternative Gesellschafts- und Lebensmodelle zu entwerfen, und hatte mit spießigem Wiener Opernball und kom-

Prinzessin, das andere Geschlecht, der Böse. Natürlich ist auch "das Böse" eine Frage des Standpunktes; so zählen Sozialismus, Hedonismus, Tanz und Gesang

Der Karneval ist alles andere als unpolitisch.

Und er ist weltweit Teil der modernen Zivilisation.

straft" kostümiert herumlaufen und unseren Unmut mit dem Status quo kundtun. Einmal im Jahr dürfen wir statt der Heiligen dem Teufel huldigen und unseren Trieben freien Lauf lassen. Soweit der Mythos! In Wirklichkeit müssen wir weiter brav schuften, um Profite für die Reichen zu lukrieren. Obwohl der Fasching am 11.11. um 11:11 beginnt (bzw. je nach Region erst am Dreikönigstag),

"Dampfablassen" folgt mit Trauern und Fastenzeit die Rückkehr zum Bravsein. Doch die „heidnische“ Tradition des lustigen Verkleidens, des heiteren Herumziehens und des unbarmherzigen Scherzens über Obrigkeit, Politik und Gesellschaft ist weit älter als Aschermittwoch und bigotte Osterzeit.

Der Fasching war eine reale Chance für "das Volk", den

merzbehaftetem Villacher Fasching wenig zu tun. So regierten in der "Weiberfastnacht" die Frauen die Welt. Ebenfalls ein Ventil, um die Unterdrückung an den restlichen 364 Tagen zu ertragen. Neben Lebensfreude spiegelt der Karneval auch die Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben, der eigenen Rolle in der Gesellschaft wider. Endlich darf ich ungeniert "wer anderer sein": eine

in gewissen Kreisen auch heute noch zum Reich des Bösen. Auch beim Perchtenlauf fallen die bösen Geister und Teufel, die Schiachperchten, stärker auf als die "guten" Schönperchten. Denn das Spiel mit "dem Bösen", das Abtasten der Grenzen – Andersdenken, Non-Konformismus, Widerstand und Protest – gelten ansonsten als verpönt.

Pablo Hörtner

Wiener Volksbefragung: eine Verarschung

Vom 7.–9. März darf man in Wien abstimmen. Zunächst fällt auf, worüber die Stadt NICHT abstimmen lässt. Zum Beispiel Wohnungsfragen. Die Wiener Bevölkerung stöhnt unter steigender Mietenbelastung. Nötig ist ein massives Programm zum Bau von Gemeindewohnungen und eine Mietobergrenze. Doch danach wird nicht gefragt.

Stattdessen wird gefragt, ob sich Wien für die Olympischen Spiele 2028 bewerben soll. An Olympia

würden sich einige wenige massiv bereichern, während die Bevölkerung jahrelang dafür zahlen wird. Bei den Olympischen Spielen in London wurden elf Milliarden Pfund verblasen. Heute sind Teile des olympischen Dorfes an reiche Ölscheichs aus Qatar verkauft. Bei der Bevölkerung kamen keine langfristigen positiven Effekte an. Bei der EM in Wien gab's in den Zonen Wucherpreise bei den Getränken. In Athen sind die eigens für Olympia ge-

bauten Sportstätten Geisterstädte, während in den Schulen das Geld für Sportausrüstungen fehlt.

Was man mit so viel Geld nicht alles machen könnte. Zum Beispiel müssen das Hanappi Stadion und der Sportclubplatz renoviert werden, doch die Stadt ziert sich. Viele weitere Sportstätten brauchen Investitionen in die Infrastruktur. Die olympischen Spiele braucht keiner.

Christian Bunke





Vom Waffenkeller bis zur Hofburg

Anfang Jänner fand die Polizei in Robert Hauer's Haus „ein riesiges Waffenarsenal: Maschinengewehre, Pumpguns, Handgranaten, Tausende Schuss Munition.“ („Österreich“, 8.1.2013) – Er soll jahrelang illegal mit Waffen gehandelt haben und in seiner Jugend beim neonazistischen BFI aktiv gewesen sein. 12 Jahre saß er für die FPÖ im Linzer Gemeinderat, als Umwelt- und Heeresexperte.

waren Teil des Rotlichtmilieu und kriminell (Brandanschläge, Drogen- und Waffenhandel, Raub, Körperverletzung, Erpressung und Betrug).

Daran ändert auch wenig, dass der Kopf der österreichischen Neonazi-Szene, Gottfried Küssel (der übrigens auch schon für die FPÖ kandidierte), im Jänner vorläufig zu 9 Jahren Haft verurteilt wurde. Die

polizeiliche Räumung des Protestcamps der Flüchtlinge in Wien zu tolerieren und gleichzeitig zuzulassen, dass sich die Elite des europäischen Rechtsextremismus jeden Winter in der Hofburg ein Stelldich ein gibt.

Die Burschenschaften, die zentral hinter dem WKR- (nun „Akademiker“-) Ball stehen, haben eine Scharnierfunktion zwischen

die FPÖ Privatisierungen und Lohnsenkungen. Budgetsprecher Gradauer (bei der deutschnationalen Burschenschaft Bajuvaria) will jedes Jahr 10 Milliarden einsparen. FPK-Chef Dörfler forderte auch schon die Auflösung der Gewerkschaften. Diese pro-kapitalistische Politik verstecken sie hinter scheinsozialer Rhetorik, verbunden mit rassistischer Hetze.

Wozu das führen kann, sehen wir in den gewalttätigen Übergriffen auf GewerkschafterInnen, linke AktivistInnen und MigrantInnen durch faschistische Organisationen wie die „Goldene Morgenröte“ in Griechenland oder „Jobbik“ in Ungarn. Solche Organisationen werden von UnternehmerInnen auch gerne als StreikbrecherInnen eingesetzt. Umso wichtiger ist es, den Kampf

Rechtsextremismus ist eine Gefahr für MigrantInnen, GewerkschafterInnen und ArbeitnehmerInnen.

Vor dem Hintergrund der Mordserie des deutschen „Nationalsozialistischen Untergrunds“ wird uns angesichts solcher Waffenfunde flau im Magen. Es gibt sie, die neonazistische Szene. Sie hat Verbindungen zur FPÖ. Und sie rüstet auf. Ende Jänner wurde in Oberösterreich eine Neonazizelle ausgehoben, die bis zu 200 Mitglieder haben soll. Sie waren bewaffnet, terrorisierten AntifaschistInnen, MigrantInnen. Sie

Szene ist gut vernetzt und kann sich auch ohne aktive Beteiligung von Küssel und seinen Mitangeklagten, den Nazis Christian Anderle und Felix Budin, weiter ausbreiten. Noch weniger ist das Küssel-Urteil wert, wenn man im Zusammenhang sieht, dass der WKR-Ball trotz massiver Proteste nun unter einem anderen Namen durchgeführt werden kann. Die österreichische Justiz sieht kein Problem damit, die brutale

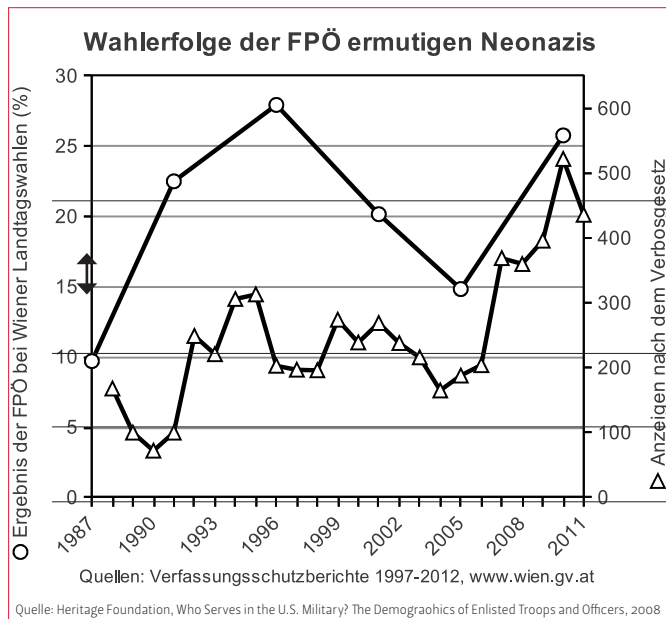
dem militanten Neonazismus und der FPÖ. Personelle Überschneidungen in Burschenschaften wie Olympia, Teutonia und Vandalia gibt es in beide Richtungen zuhauf.

Die erstarkende extreme Rechte ist vor allem eine politische Gefahr für ArbeitnehmerInnen, Arbeitslose und GewerkschafterInnen. FPÖ & Co sind alles andere als „sozial“. In ihrem Wirtschaftsprogramm fordert

Genau das ermöglicht es ihnen auch, Pseudo-„Bürgerinitiativen“ aufzusetzen bzw. zu instrumentalisieren. Die immer noch aktive BI Dammstraße hat 2008 mit Schützenhilfe der FPÖ zum ersten Mal seit Langem einen rassistischen Mob gegen den Ausbau eines islamischen Glaubenszentrums auf die Straße gebracht. Solche Phänomene kann es in Zukunft öfter geben.

gegen Rechtsextremismus nicht isoliert vom Kampf gegen die Krisenpolitik der Herrschenden zu betrachten. Der Kampf gegen Rassismus muss mit dem Kampf gegen den Kapitalismus einhergehen. Dieser Schwerpunkt im „vorwärts“ betrachtet die Geschichte und den Aufstieg der extremen Rechten in Österreich und stellt Strategien für den Kampf gegen sie vor.

Sebastian Kugler



Zahlen & Fakten

➤ Österreichischer Turnerbund (ÖTB):

Die Mitgliederstärkste rechtsextreme Organisation in Österreich. Fühlt sich „Volksgesundheits“ und völkischer Erziehung verpflichtet. Nicht alle ca. 60.000 Mitglieder sind rechts, da Mitgliedsvereine oft unverdächtig auftreten. Die Führungsriege ist mit FPÖ-Politikern durchsetzt.

➤ Identitäre:

Rechtsextreme Jugendbewegung mit Wurzel in Frankreich. Unter „identitärer“ Politik verstehen sie eine Kriegserklärung u.a. an „Überfremdung“ und „sexuelle Befreiung“. Ursprung im „Ring freier Jugend (RFJ)“, der ihnen wohl zu zahm wurde. Inzwischen gibt es zwei Strömungen, „WIR (Wiens Identitäre Richtung)“ und schlicht die „Identitären“.

Weniger Konkurrenz als Aufgabenteilung: „WIR“ hat einen sehr akademischen Zugang: neu verpackte Blut&Boden-Ideologie. Die „Identitären“ sind verantwortlich für Übergriffe auf AntirassistInnen; sie stellen den aktionistischen Flügel dar..

➤ Wiener Korporationsring (WKR):

Dachverband schlagender (fechtender) Burschenschaften in Wien. Gemeinsamer Nenner ist zumindest

Deutschnationalismus, Sexismus und Rassismus. Der WKR vernetzt Rechte von konservativ bis Nazi. Auf europäischer Ebene stellt er ein Bindeglied zwischen Rechtspopulismus und Faschismus dar. In der FPÖ ist er ein eigener Machtfaktor. Burschenschaften sind Karrierenetzwerke. So gelangen viele Rechtsextreme in den höheren Dienst. Die „Olympia“ stellt den rechten Rand des WKR dar. 1961-73 verboten wegen der Unterstützung des Rechtsterrorismus in Südtirol.

➤ Stolz&Frei:

Neonazi-Web-Portal. Seit der Festnahme von Nazi-Führer Küssel und seinen Mitstreitern ist das Portal „Alpen-Donau.info“ gesperrt, „Stolz&Frei“ hat seine Nachfolge angetreten. Klassische NS-Ideologie trifft hier auf Artikel von allen relevanten rechtsextremen Websites wie „Altermedia“, „Unzensuriert“ oder „Politically Incorrect“. Hier wird Hetze auch gegen Einzelpersonen betrieben und so versucht, Menschen einzuschüchtern. Von hier aus werden auch Postkasten-Verteilaktionen koordiniert, Propaganda-Material angeboten und für Demos mobilisiert.

Die extreme Rechte in Österreich – über die Geschichte eines Aufstiegs

Als Julian Fosfer im Herbst 2012 für das deutsche rechtsextreme Magazin „Sezession“ einen Lokalausgang über die „Szene“ in Wien macht, schreibt er: „Man trifft Nationalratsabgeordnete auf Partys, starrt auf großformatig plakatierete Botschaften, die in Deutschland undenkbar wären, und das gilt wohl auch für die Ergebnisse von Wahlen und Meinungsumfragen. [...] Man müsste zum großen alljährlichen Stadtfest der FPÖ im Rathaus-Innenhof pilgern: Alle politischen Ansichten und Gruppen, die man im weitesten Sinne als „rechts“ bezeichnen kann, sind hier vereint.“

Fosfer hat – leider – recht. In Österreich gibt es nicht nur eine lebendige und vielschichtige rechtsextreme und Nazi-Szene. Es gibt mit der FPÖ auch eine Partei, die ihr einen Orientierungspunkt gibt und die wohl stärkste und flexibelste rechtspopulistische Partei Europas ist. Dafür gibt es Gründe.

Die Niederschlagung des Faschismus in Österreich 1945 führte nicht zur „Entnazifizierung“. Es herrschte der Mythos, „das 1. Opfer Hitlers“ gewesen zu sein. Die Rolle von 700.000 österreichischen NSDAP-Mitgliedern und noch mehr MitläuferInnen wurde verschwiegen. Nazis wurden in den neuen Staat übernommen und amnestiert. Schon 1949 gründete sich der „VdU“, der Verband der Unabhängigen. Er war Sammelbecken für ehe-

malige NSDAP-Mitglieder, aus dem sich 1956 die FPÖ entwickelte.

Der Nachkriegsaufschwung

bedeutete eine Phase relativen Wachstums und steigenden Lebensstandards. Deshalb blieb die FPÖ für die ArbeiterInnenklasse uninteressant. Versuche, den NS-Staub etwas abzuputzen, resultierten 1966 in der Abspaltung eines Teils des ultrarechten Flügels, der sich als NDP (Nationaldemokratische Partei) neu formierte und 1988 verboten wurde. Führender Kopf war der Nazi Norbert Burger. Er war, wie viele andere FaschistInnen, in den 1950er und '60er-Jahren als Mitglied des „BAS“ (Befreiungsausschuss Südtirol) in Terroranschläge in Südtirol verwickelt. Bei insgesamt 361 Attentaten kamen 21 Menschen ums Leben, 57 wurden verletzt. Bis heute stellt die „Heimholung“ Südtirols einen zentralen Punkt faschistischer und rechtsextremer Propaganda in Österreich dar.

In den 1970er Jahren arbeitete die SPÖ taktisch näher mit der FPÖ zusammen. Der Abschluss der politischen Integration war die Formierung der SPÖ-FPÖ Regierung, die massive Sparpakete umsetzte. Als Folge drohte die FPÖ aus dem Parlament zu fliegen. Es folgte die Notbremse des nationalen, rechtsextremen Flügels. 1986 übernahm Haider.

Der Aufstieg der FPÖ unter Haider war nicht das Werk eines einzel-

nen „genialen Politikers“, sondern v.a. Resultat der Verbürgerlichung der SPÖ. Trotz einer Führung, die in den Staat integriert war, blieb die Sozialdemokratie lange die Partei, an der sich die ArbeiterInnenklasse orientierte. In den '70er Jahren hatte die SPÖ noch über 700.000 Mitglieder und lebendige Strukturen. Als der Nachkriegsaufschwung endete und der Kapitalismus zu seiner krisenhaften „Normalform“ zurückkehrte, akzeptierte sie nicht nur Sparlogik, sie setzte sie aktiv durch Sparpakete und Privatisierungen um und wurde endgültig zu einer bürgerlichen Partei. Immer mehr ArbeiterInnen kehrten der SPÖ enttäuscht den Rücken. Heute hat sie nur noch knapp ein Drittel ihrer damaligen Mitgliedschaft. Die '90er-Jahre waren durch wirtschaftliche Stagnation und rollende Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse gekennzeichnet. Durch das Fehlen einer ArbeiterInnenpartei konnte Haider's Hetze gegen MigrantInnen, AsylwerberInnen und sozial Schwache das Vakuum füllen.

Spätestens seit Haider entwickelte die FPÖ eine einzigartige Flexibilität im Umgang mit verschiedenen Situationen und Klienteln. Sie konnte populistisch soziale Themen besetzen, aber auch gegen Arbeitslose hetzen. Sie konnte sich staatstragend und regierungstauglich geben und gleichzeitig Neonazis zu verstehen

in e stiegs



geben, dass sie in der FPÖ eine Partnerin haben. In dieser Periode wurde die FPÖ wieder zentraler Bezugspunkt militanter Nazitruppen wie dem „Bund freier Jugend“. Beinahe alle orientierten sich an der FPÖ. Sämtliche Versuche, rechts von der FPÖ

jeder dritte Parlamentarier der FPÖ einer deutschnationalen Burschenschaft an. Strache kommt aus der Burschenschaft „Vandalia“. Dort kam er mit dem verurteilten Neonazi Gottfried Küssel in Kontakt, der die militante „VAPO“ (Volkstreue Au-

schnell kassieren will, um eine erneute Regierungsbeteiligung zu ermöglichen. Dies wird von den Hardlinern jedoch abgelehnt. Die FPÖ ist also alles andere als homogen.

Auch bei jenen Teilen der rechtsextremen Szene, die sich moder-

Die Freiheitliche Partei Österreichs ist der Dreh- und Angelpunkt des Rechtsextremismus.

etwas aufzubauen (z.B. die „Nationale Volkspartei“), scheitern bis heute. Auch wenn es unter Nazis taktische Unterschiede bei der Frage gibt, ob sie Mitglieder sein sollen oder nicht: Für Nazis und Rechtsextreme führt an der FPÖ kein Weg vorbei.

Daran änderte auch das Regierungsdebakel unter Blau-Schwarz nichts Grundlegendes. Selbst die darauffolgende Abspaltung Haider, der das BZÖ gründete, warf die FPÖ nur kurzfristig zurück.

Sie konstituierte sich unter Strache neu, driftete noch weiter nach rechts und schoss sich besonders auf Muslime/a ein. Von den KarrieristInnen rund um Haider „befreit“, stärkten die Burschenschafter ihre Position in der FPÖ. Burschenschafter dienen als Karriere-sprungleitern, als rechte Kadenschmieden und nicht zuletzt als Scharnier zwischen dem militanten Neofaschismus und dem „salonfähigen“ Rechtsextremismus. Heute gehört

ßerparlamentarische Opposition“) anführte. Auch zu Norbert Burger pflegte er engen Kontakt und bezeichnete ihn als „Vaterersatz“.

Strache fällt eine Vermittlerrolle in der Partei zu: Er muss verschiedene Klientels bedienen und versucht dabei einen Spagat, um die Flexibilität der Partei zu wahren: Um die WählerInnenbasis zu halten, muss Strache die FPÖ weiterhin als „soziale Heimatpartei“ positionieren, soziale Themen besetzen und „kapitalismuskritische“ Rhetorik einsetzen. Um den großen Geldgebern der FPÖ, der sozialen Basis sowie dem Wirtschaftsflügel der Partei nicht zu missfallen, pocht er weiter auf neoliberale Politik, Privatisierungen etc. Um seine Stützen in der Partei nicht zu verlieren, darf er sich nicht von den starken Deutschnationalen distanzieren, dies kostet jedoch Wählerstimmen. Wählerstimmen, die der KarriereristInnenflügel der Partei möglichst

ner präsentieren wollen und sich als „Identitäre Bewegung“ oder auch „Neue Rechte“ bezeichnen. Auch wenn sie sich offiziell parteilos geben: In der „Identitären Bewegung“ gibt es personelle Überschneidungen mit der FPÖ und Martin Grafs „Unzensuriert-Magazin“ stellt sie in seiner ersten Ausgabe 2013 wohlwollend vor. Identitäre gibt es laut eigenen Angaben in mittlerweile fast allen Bundesländern. In Wien fielen sie bereits durch Übergriffe auf antifaschistische Veranstaltungen und die Flüchtlingsbewegung auf; auch in Salzburg gab es bereits Aktionen. Die „Identitären“ können, ähnlich wie rassistische „Bürgerinitiativen“, im Vorhof der FPÖ agieren und stellen ein politisches und physisches Gefahrenpotential für MigrantInnen, GewerkschafterInnen, Linke und die ArbeiterInnenbewegung generell dar.

Sebastian Kugler



Marx aktuell

Die Tatsache, dass mit der „Goldenen Morgenröte“ in Griechenland und der „Jobbik“ in Ungarn offen faschistische Parteien in Parlamente gewählt wurden, macht deutlich: Es ist auch im Europa des 21. Jahrhunderts keine akademische Diskussion, wenn sich MarxistInnen (wieder einmal) überlegen, wie der Gefahr von Rechts Widerstand zu leisten sei.

Wie alle Herrschaftsformen ist auch die neoliberale(Post-)Demokratie ein Regime der besitzenden Klasse. Werden in ihr allerdings die gesellschaftlichen Spannungen übermächtig, und kommt es zu Widerstand von unten, wie wir es derzeit etwa in Griechenland und Spanien erleben, droht dieses Regime zu zerbrechen. Leo Trotzki hielt vor dem Hintergrund des Spanischen Bürgerkrieges fest, „dass die 'Demokratie' gegen die revolutionären Massen nicht anders als mit

Volk oder Klasse gegen den Faschismus?

den Methoden der faschistischen Reaktion zu schützen ist. Und umgekehrt: ein wirklicher Kampf gegen den Faschismus ist nicht anders zu führen als mit den Mitteln der proletarischen Revolution.“ (Leo Trotzki: „Die Spanische Lehre – eine letzte Warnung“, 1937)

Trotzki analysierte die Schwächen der sogenannten „Volksfront“-Regierungen, wo KommunistInnen, SozialdemokratInnen, AnarchistInnen und andere linke Parteien mit bürgerlich-demokratischen Parteien im Kampf gegen den Faschismus Koalitionen eingingen. (Nach Hitlers Machtergreifung 1933 war die Volksfront die Politik des Stalinismus – nachdem sie zuvor den europäischen KPen jede Zusammenarbeit mit nicht-kommunistischen Kräften, etwa der als „Sozialfaschisten“ verleumdeten Sozialdemokratie untersagt hatten.) Die Volksfronten bedeuteten, dass die Organisationen der ArbeiterInnenklasse auf soziale Forderungen verzichteten, damit die bürgerlichen Kräfte nicht aus der Front aussicherten. Das bedeutete aber auch, die kapitalistische Basis des Faschismus zu ignorieren.

Dieser Taktik hielt Trotzki die „Einheitsfront“ bzw. „Einheitsblock“ entgegen:

„Ein Block verschiedener politischer Gruppen der Arbeiterklasse pflegt zur Lösung gemeinsamer praktischer Aufgaben ganz unerlässlich zu sein. Bei gewissen historischen Bedingungen ist ein solcher Block imstande, die unterdrückten kleinbürgerlichen Massen, deren Interessen denen des Proletariats verwandt sind, mitzureißen. Die Gesamtkraft eines derartigen Blocks kann viel größer sein als die Kraft jedes seiner Bestandteile.“

Was heißt das nun für den gegenwärtigen Kampf gegen den zunehmend stärker werdenden Rechtsextremismus und Neofaschismus? Es ist gut und wichtig, dass sich Widerstand gegen den Rechtsextremismus auch auf breiter Basis regt, wie aktuell gegen den FPÖ-Akademikerball in der Hofburg. Natürlich gibt es auch unter bürgerlichen ehrliche AntifaschistInnen, doch wenn z.B. die Sozialdemokratie heute nicht für ihren Sozialabbau kritisiert wird und dieser um der „Einheit“ willen im Kampf gegen die FPÖ nicht bekämpft wird, dann stärkt das letztlich nur die extreme Rechte. Es gilt immer wieder deutlich zu machen, wer die wahren Verursacher von sozialen Problemen und somit von Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind. Oder wie es Max Horkheimer, Philosoph der Frankfurter Schule, sagte: „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte vom Faschismus schweigen.“

Alexander Svojtko



Wie kann der Rechtsextremismus geschlagen werden?

Spätestens seit der Übernahme der FPÖ durch Haider 1986 bemühen sich liberale AntifaschistInnen und gutmeinende Linke, den (kaum kaschierten) braunen Sumpf der Freiheitlichen aufzuzeigen und den Beweis zu erbringen,

aufgreift und eine Offensive im sozialen Wohnbau fordert. Damit ist der FPÖ das Feld überlassen, ihre rassistischen „Lösungen“ (à la „Gemeindewohnungen nur für ÖsterreicherInnen“) zu propagieren. Wenn Menschen, die sich die Miete

gion, Sprache etc. und betreibt mit pseudosozialen Phrasen behübschte Politik für die Superreichen Österreichs. Sie und ihre blau-braunen Brüder (wenige Schwestern) im Geiste lenken von den wahren Schuldigen an der sozia-

telang mäuschenstill um die FPÖ. Die Spaltungsversuche der Rechten scheiterten grandios, da den Studierenden völlig klar war, dass die neben ihnen stehenden migrantischen KollegInnen nicht das Problem darstellten, sondern

kel“ streikten, hatten weder islamistische, noch nationalistische und reaktionäre Kräfte eine Chance. Türkische und kurdische ArbeiterInnen kämpften gemeinsam für ihre sozialen Rechte und konnten so auch die Rechten und Reaktionäre zurückdrängen.

Kampf gegen Rechtsextremismus muss heute vor allem eines sein: kämpferische Betriebs- und Gewerkschaftspolitik. Wenn ArbeiterInnen und Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft für ihre gemeinsamen Interessen streiken und auf die Straße gehen, haben die rassistischen Spalter und Hetzer keine Chance. Aber auch auf politischer Ebene müssen die Rechten gestoppt werden. Dafür braucht es eine starke linke Alternative, die den menschenverachtenden, rassistischen Scheinlösungen der FPÖ Widerstand und echte soziale Alternativen entgegenstellt. Die Existenz der LINKE in Deutschland, die (bei aller notwendigen Kritik) solche sozialen Alternativen bietet, ist einer der wichtigsten Gründe für die im Vergleich zu Österreich relativ schwachen Wahlergebnissen der Rechtsextremen.

JanRybak

Moralisierende „Achtung, Nazis!“ Warnungen reichen nicht. Die FPÖ muss auf sozialer Ebene bekämpft werden.

dass es sich um Nazis handle. Die Zahl der Arbeiten, die den Charakter der FPÖ untersuchen und Verbindungen zwischen ihr und der Alt- und Neonaziszene aufzeigen, ist enorm. Allerdings hat diese Beweisführung – bei aller inhaltlichen Richtigkeit und politischen Wichtigkeit – nicht dazu geführt, der FPÖ das Wasser abzugraben.

Der moralisierende liberale Antifaschismus ignoriert die real existierenden sozialen Fragen der Menschen und erlaubt es der FPÖ, an diese anzuknüpfen. Beispiel: Die Wohnkosten sind in den letzten Jahren explodiert. In vielen Städten herrscht eklatante Wohnungsnot. Allerdings besteht (Ausnahme: Graz) nirgends eine starke linke Kraft, die diese Frage

kaum mehr leisten können, nur diese einzige „Lösung“ zur Verfügung steht, kann es geschehen, dass die FPÖ gewählt wird.

Wie das Wohnungs-Beispiel zeigt, ist an der „sozialen“ Rhetorik der FPÖ überhaupt nichts sozial. Die Forderungen laufen letztlich auf die Umverteilung innerhalb der ArbeiterInnenklasse zu Ungunsten des nicht gebürtig-österreichischen Teils hinaus (so etwa auch ihre Forderung, MigrantInnen von der Sozialversicherung auszuschließen). Die Profiteure von Banken und Konzernen, Einkommen und Vermögen der Herrschenden werden nicht angekratzt. Die FPÖ setzt auf die Spaltung von ArbeiterInnen, Jugendlichen, PensionistInnen nach Herkunft, Reli-

len Miesere ab und schieben MigrantInnen die Verantwortung zu. Wenn Thilo Sarrazin (ein Banker!) gegen MigrantInnen hetzt, versucht er Banken, Konzerne und das System Kapitalismus als solches zu entlasten. Strache & Co. tun dies ebenso.

International und auch in Österreich zeigt sich: Wo für soziale Rechte, höhere Löhne und bessere Lebensbedingungen gekämpft wird, dort sind die Rechten auf dem Rückzug. Beim Metallstreik 2011 herrschte Schweigen bei der selbsternannten Partei des „kleinen Mannes“. Als 2009 Studierende ihre Hörsäle besetzten und somit die öffentliche Debatte auf soziale und Bildungsfragen verschoben, war es mona-

die desaströse Bildungspolitik der Regierung. Als in Salzburg im Dezember 2012 tausende KollegInnen aus dem öffentlichen Dienst, darunter sehr viele mit Migrationshintergrund (v.a. in den Krankenhäusern), gegen die Nulllohnrunde kämpften, war die FPÖ nicht mal zu einer Presseaussendung in der Lage. Unter den KollegInnen war keine Spaltung irgendeiner Form zu bemerken. Klar war: Alle KollegInnen, egal welcher Herkunft, haben das gleiche Interesse an einem anständigen Lohn – die Landesregierung ist es, die uns diesen verweigert. Daher müssen wir gemeinsam kämpfen.

Ein internationales Beispiel: Als 2010 die ArbeiterInnen des türkischen Lebensmittelkonzerns „Te-

Ohne Geld keine Ganztagschule!

Seit Jahren ist die Diskussion über ein „besseres“ Bildungssystem und dessen Finanzierung eine schlepende. Es wird blockiert, verzögert und je nach wirtschaftlichem Druck die Positionen geändert. Nun ist die Regierung sich scheinbar einig: Mehr Ganztagschulen müssen her. Das Umschwenken der ÖVP in dem grundsätzlich positiven Projekt kommt nicht von ungefähr.

Das Schulsystem ist von Grund auf verrotten: es reproduziert soziale Selektion und basiert darauf, ständig nur Wiedergekäutes bei Prüfungen auskotzen zu müssen. Freude und Motivation am Lernen werden uns früh ausgetrieben. Eine Ganztagschule gäbe zumindest die Möglichkeit, mehr Raum für Lernmodelle zu geben, die nicht stures Von-der-Tafel-Abschreiben bedeuten und Lernen und Freizeit zu verschränken. Doch der ÖVP geht es nicht ums Wohl der SchülerInnen, sondern um das der Wirtschaft. Wenn SchülerInnen länger in der Schule bleiben, können deren Eltern länger arbeiten. Die jetzt beschlossene Verdopplung der Ganztagschulplätze auf 200.000 bis 2018 bedeutet noch lange kein Lehren und Lernen nach den Bedürfnissen der LehrerInnen und Schüle-

rInnen – und an der sozialen Ungleichheit des geteilten Schulsystems ändert sie auch nichts.

Der Streit um das Mitspracherecht bei den Modellen ist absurd. Es soll nur darum gehen, ob Eltern entscheiden dürfen, ob ihr Kind in einer Ganztagschule ist oder nicht. Aber wie Schule an sich sein soll, dazu dürfen LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern – also die Betroffenen – auch weiterhin nichts beitragen.

Auch benötigt eine Ganztagschule mehr PädagogInnen in den Schulen. Dem gegenüber steht der akute LehrerInnenmangel in Österreich, da bis 2025 120.000 PädagogInnen in Pension gehen. Aber wer will schon unterbezahlt und burnoutgefährdet in einem unterfinanzierten Bildungssystem arbeiten, das nur noch Mangel verteilt?

Eine Bildungsreform kann nur so gut sein wie die Menge an Geld, die in sie gesteckt wird. Ganztagschulen, in denen jeder tatsächlich fürs Leben lernt, und zwar nach seinem/iherem Können/Wollen: immer her damit! Doch eine wirtschaftlich motivierte Augenauswischerei wie von der ÖVP präsentiert und von der SPÖ umgesetzt: nein danke!

Moritz Erkl



Nur mal schnell die Welt retten

1.12.1955, Alabama/USA: In einem Bus widersetzt sich eine schwarze Frau der Rassentrennung in Bus-

konnte zumindest auf dem Papier das Ende der Rassentrennung erreicht werden.

Dieser Aspekt wird nicht zufällig heruntergespielt. Es ist ok, wenn sich Menschen in Schach-, Sport-

Am 4.2. wäre Rosa Parks 100 Jahre alt geworden. Sie gilt als Beispiel für Zivilcourage.

sen. Darauf beginnt der Montgomery Bus Boycott, der als Anfang der schwarzen BürgerInnenrechtsbewegung gilt.

Rosa Parks war eine mutige Bürgerrechtsaktivistin, die mit ihrem Handeln einen wichtigen und richtigen Schritt gewagt hat. Mit ihrer Tat und der darauf folgenden Kampagne und Bewegung (u.a. von Martin Luther King, damals ein unbekannte Prediger)

Rosa Parks wird gerne als Einzelkämpferin präsentiert. Doch sie war Aktivistin der National Association for the Advancement of Colored People (NAACP). Das macht ihre Tat nicht weniger mutig. Doch es ist wahrscheinlich, dass aus dem individuellen Akt gerade deshalb eine breite und starke Kampagne wurde, weil sie eine Aktivistin mit einer Organisation war, die ihre Ziele teilte.

oder Schrebergartenvereinen engagieren. Politisches Engagement hingegen wird nicht gerne gesehen. Doch mit Zivilcourage alleine kann man auf Missstände nur aufmerksam machen, aber um diese zu beseitigen und tatsächliche Erfolge zu erzielen, braucht es eine Organisation mit dem notwendigen Know-how und den richtigen Forderungen.

Sedef Yavuz

Winterrosenrevolution - Ungarns Jugend im Aufstand

Seit Anfang Dezember 2012 steht Ungarns Regierung unter neuem Druck. Es sind wohl heftigsten Proteste seit Orbáns Amtsantritt. Die Ankündigung, noch weniger Geld für Bildung zur Verfügung zu stellen und um 3/4 weniger Studienplätze zu subventionieren, trieb SchülerInnen und Studierende sowie Lehrende in Proteste und Streik. Zehntausende demonstrierten im ganzen Land und besetzten Brücken und Regierungsge-

bäude. Die Regierung geriet in Panik und reagierte mit einer Mischung aus Propaganda, Versprechungen und Repression. Bis zum vermutlichen Scheitern eines runden Tisches aus Rektoren, Studis, Regierung und Wirtschaft pausieren die Proteste. Für März plant die Opposition eine neue Großdemo. Der Schulterschluss mit den Studierenden ist zentral, da es um einen der wichtigsten sozialen Proteste geht!



Fundstück des Monats Werner und die lieben Kinderlein



„Wenn die Enkelkinder der Österreicher mit Enkelkindern aus Südeuropa eines Tages über unsere Politik urteilen, möchte ich, dass sie sagen: 'In einer schwierigen Zeit waren Solida-

rität und Nächstenliebe stärker als Egoismus und Gier“, sagte er jüngst vor dem EU-Parlament. Konkret meint er Lohndruck und Kürzungen. Da werden sich die Kinder freuen.



Tunesien: Zwei Jahre nach Ben Ali

Der 2. Jahrestag seit dem Sturz von Ben Ali nähert sich. Aber die Masse der Bevölkerung hat wenig Grund zu feiern. Die Probleme, die den revolutionären Aufstand von 2011 auslösten, bestehen noch. Der Vertrauensvorsprung von Ennahdha, der rech-

tematisch von den neuen Machthabern angegriffen. Zensur, Verbote von Demonstrationen, brutale Repression gegen Protestierende, Attacken auf Frauenrechte und die weitere Aufrechterhaltung des staatlichen Ausnahmezustands sind auf

olidarität, die sie im Land ausgelöst hat, und die Wut über die Polizeigewalt – die an die dunklen Tage des Ben Ali Regime erinnert – haben zu einem Anwachsen des Widerstands gegen die Regierung geführt. Diese musste den Forderungen

Dieser Deal enthielt außer der Einsetzung einer Untersuchungskommission zu den Attacken auf das Gewerkschaftsgebäude in Tunis (und selbst das ist zweifelhaft, da diese Kommission nicht von den Menschen selbst kontrolliert wird) keine wirklichen Erfolge für die ArbeiterInnenklasse.

profitieren will. Aber es braucht mehr als die Wahl zwischen Pest und Cholera! Deshalb nehmen wir an dieser neuen linken Front teil, auch wenn es wichtige ideologische und taktische Unterschiede zu einigen dieser Gruppen gibt. Das Bündnis braucht eine klar sozialistische Perspektive. Es muss sich auf die politische Unabhängigkeit der ArbeiterInnenklasse stützen, damit diese die politische Macht übernehmen und die Wirtschaft in ihrem Interesse demokratisch planen und managen kann. Das ist möglich – die tunesische Gewerkschaftsbewegung hat immense potenzielle Macht, vor allem, wenn sie durch alle linken Organisationen sowie jene von Frauen, Jugend und Arbeitslosen unterstützt wird. Die Erfüllung der Ziele dieser Revolution ist nicht vereinbar mit der Aufrechterhaltung des Kapitalismus, eines Systems, das auf der Bereicherung einiger Weniger auf Kosten der Masse der Bevölkerung basiert.

“Die Erfüllung der Ziele unserer Revolution stehen im Widerspruch zum Kapitalismus”

ten islamistischen Partei, die die erste Post-Ben Ali Wahl im Oktober 2011 gewonnen hatte, ist dahin. Ennahdhas Ziel war, das Vertrauen der Unternehmen wiederherzustellen, und zwar auf Kosten der arbeitenden Massen und Armen. Der Bevölkerung wurden neue Bürden auferlegt, unkontrolliert steigende Preise von Waren des täglichen Bedarfs, wachsende Arbeitslosigkeit, Fabrikschließungen, fortgesetzte soziale Marginalisierung der armen Gegenden. Polizeigewalt ist Teil des Alltags. Die Versprechen von Gerechtigkeit für die Opfer und ihre Familien bleiben leere Phrasen. Das kleine bisschen Freiheit, das durch die Revolution gewonnen wurde, wird sys-

tematisch von den neuen Machthabern angegriffen.

Doch das ist nur eine Seite der Medaille. Die andere ist der anhaltende Widerstand der ArbeiterInnenklasse. Lokale Revolten, inklusive regionaler Generalstreiks erreichten 2012 Rekordzahlen, es gab mehr als 1000 Streiks. Die Stimmung unter den Massen ist geladen und die Menschen wollen den Fall des Regimes. Täglich gibt es Proteste, Demonstrationen, Sit-ins etc. Der 5-tägige Generalstreik in Sili-ana im Dezember war ein Wendepunkt. Es gab extrem aggressive Polizeirepression, 18 Menschen haben ihr Augenlicht aufgrund der von der Polizei verwendeten Schrotmunition verloren. Diese Revolte, die Welle der So-

gen der Proteste in Sili-ana teilweise nachgeben – und den lokalen Regierungschef entfernen.

Die Reaktion der Regierung war eine physische Attacke durch ihre Milizen auf das Hauptquartier der UGTT (Dachverband der tunesischen Gewerkschaften) in Tunis. Als Antwort auf diese Provokation haben mehrere UGTT-Gruppen regionale Generalstreiks organisiert, die massiv umgesetzt wurden. Sie sollten aber nur ein Vorspiel für den bundesweiten 24-Stunden-Generallstreik am 13.12. sein. Doch die Gewerkschaftsführung sagte ihm am Vortag aufgrund eines Last-Minute-Deals mit der Regierung ab.

Dieser Ausverkauf hat unter vielen AktivistInnen große Wut ausgelöst. Ein Treffen der Administrativen Kommission der UGTT über die nächsten Schritte ist für Mitte Jänner angesetzt. Wir wollen die Frage eines 24-Stunden-Generallstreiks wieder auf die Tagesordnung setzen, da die Stimmung dafür reif ist. Im September ist eine neue linke Koalition namens “Populäre Front” entstanden, die die wichtigsten linken Gruppen umfasst. Sie will die zwei Lager der herrschenden Klasse herausfordern: Ennahdha und ihre Verbündeten bzw. das Lager von “Aufbruch für Tunesien”. Letztere ist ein Bündnis aus VertreterInnen des alten Regimes, das von der Unzufriedenheit mit Ennahdha und der Angst vor dem islamischen Fundamentalismus

Neue Arbeiterpartei in Südafrika

In den 1950er-Jahren wurde der ANC mit anti-Apartheid-Programm und sozialistischer Rhetorik zur Massenorganisation. Der SchülerInnenaufstand von Soweto 1976 läutete eine neue Ära offenen Widerstands ein. Nach jahrelangen Geheimgesprächen wurde 1990 die Apartheid formal aufgehoben; in den ersten freien Wahlen gewann der ANC 63%. Nelson Mandela wurde der erste schwarze Präsident.

Doch der ANC driftete immer weiter nach rechts. Aus der „Rasse vor Klasse“-Gesellschaft der Apartheid wurde eine „Klasse vor Rasse“-Gesellschaft, in der es sich weiße Reiche zusammen mit schwarzen Reichen gemütlich eingerichtet haben.

Die ArbeiterInnenklasse lebt hingegen mehr als je zuvor in Armut. In beinahe einem Viertel der Haushalte gehört Hunger zum Alltag. 60 % der Einkommenssumme fallen auf 10 % Reiche, während die ärmeren 50 % der Bevölkerung am Kuchen nur einen Anteil von 10 % haben.

Die Bergleute in diesem rohstoffreichen Land arbeiten für einen Hungerlohn. Ihre Gewerkschaft NUM, einst kämpferisch, heute Teil des ANC-Establishments, vertritt sie nicht mehr. Die Bergleute begannen von der Platinminen-

stadt Rustenburg ausgehend (auch in Empörung über das Massaker von Marikana am 16.8.2012) wilde Streiks. Bei ihrer Selbstorganisation nimmt das Democratic Socialist Movement DSM, Schwesterpartei der SLP in Südafrika, von Anfang an eine führende Rolle ein. Wie das DSM und das landesweite Streikkomitee fordern auch viele ArbeiterInnen die Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei.

„Alle derzeitigen Parteien sind in gewissem Ausmaß kapitalistisch. Keine davon vertritt die Interessen der Arbeiterklasse“, sagt Mamelwe Sebei, Vorsitzender der vom DSM und einer Reihe von Streikkomitees gemeinsam initiierten Workers and Socialist Party (WASP). Bis zur großen Gründungsversammlung im März wird es eine Reihe von Veranstaltungen geben – auch um bis zur Wahl 1 Million Unterschriften zu sammeln. Die WASP hat ein dezidiert sozialistisches Programm – u.a. fordert sie die Verstaatlichung von Bergwerken, Banken und Großindustrie. WASP wird eine kämpferische Partei sein, die u.a. Arbeitskämpfe sowie Kämpfe von SchülerInnen und Studierenden unterstützen wird.

Spenden: PSK 8812.733 (Verwendungszweck: Südafrika)
Peter Gründler



Aus bei Opel in Bochum?

Überkapazitäten in der Produktion und steigende Arbeitslosigkeit führen die Autoindustrie in die nächste Krise: Absatzstagnation in Deutsch-

gischen Genk und zwei Standorte in Britannien, Opel bis 2016 das Werk in Bochum dichtmachen.

Sofort demonstrieren in Genk Tausende. In

zende Einkenkel (man dürfe „nicht in blinden Aktivismus verfallen“) in den Rücken und versuchen, Proteste zu verhindern!

Die Proteste sind nicht

ÖGB darf nicht als Streikbrecher auftreten:

Er muss den Kampf der KollegInnen unterstützen!

land, in Frankreich Rückgang um 14 %, in Italien um 20 % und in Griechenland und Portugal um je 40 %! Besonders betroffen: Peugeot, Ford und Opel.

Die Antworten in kapitalistischer Logik: Lohnkürzung, schlechtere Arbeitsbedingungen, Arbeitszeitverlängerung, Jobabbau – und Betriebs-schließungen. Peugeot will ein Werk bei Paris, Ford das Werk im bel-

Bochum kam es am Tag nach Bekanntgabe der Schließungspläne zu einem 2-stündigen Sponsantstreik in der Fertigungsmontage. Schon 2004 retteten die „Ope-

lianer“ in Bochum – unterstützt von ArbeiterInnen und Jugendlichen aus dem ganzen Ruhrgebiet – ihr Werk. Leider fallen ihnen Gewerkschaftsbürokraten wie der Bochumer Betriebsratsvorsit-

vorbei! Jedes Werk und jeder Arbeitsplatz muss verteidigt werden! Die Antwort ist die Verstaatlichung der Betriebe unter Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten. Die Organisation eines gemeinsamen, entschlossenen Kampfes aller Standorte und der gesamten Branche durch die Gewerkschaften und die ArbeiterInnen selbst ist zentral..

Gerhard Ziegler

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Belgien: Bleiberecht erkämpft!

Muruganandam Murugathas, ein in Sri Lanka bekannter Aktivist von „Tamil Solidarity“ und des CWI war in Belgien von Abschiebung bedroht. „Tamil Solidarity“ setzt sich international für die Rechte der unterdrückten TamilInnen in Sri Lanka ein. 2009 endete offiziell der Bürgerkrieg zwischen tamilischen Milizen und der Regierung. Seitdem schieben europäische Länder wieder TamilInnen zurück in die sich an-

bahnende Diktatur ab. Die Volksgruppe ist noch immer mit Verfolgung und Unterdrückung konfrontiert, so auch Murugathas. Durch eine internationale Kampagne von FreundInnen, AktivistInnen der „Linken Sozialistischen Partei“ (CWI-Belgien) und Paul Murphy, EU-Parlamentarier für die „Socialist Party“ (CWI-Irland) konnte politisches Asyl für ihn erkämpft werden.

www.socialisme.be

Irland: Arbeitspaltz-Besetzung

Die irisch/englische Musikmarktkette „HMV“ hat Insolvenz angemeldet. Die Beschäftigten wehrten sich mit Besetzungen ihrer Arbeitsplätze. Joe Higgins, irischer Parlamentarier für die Socialist Party (CWI-Irland), unterstützte den Kampf auch im Parlament: „HMV schuldet den ArbeiterInnen noch 5 Wochen Lohn sowie Überstunden, Abfertigung und Urlaubsgeld. [...] Das trotz der Tatsache, dass die Geschäfte in Limerick und

www.joehiggins.ie

Repression

Am 19. Dezember demonstrierten LGBT-AktivistInnen vor dem russischen Parlament gegen die Beschneidung der Rechte von Homosexuellen. Sie wurden von Reaktionären attackiert und daraufhin nahm die Polizei sie (!) fest. 30 Stunden verbrachten mehrere AktivistInnen, darunter zwei Mitglieder der russischen Sektion des CWI, im Gefängnis, bis sie nach Protesten freigelassen wurden.

www.socialism.ru

Steuergeld verspekuliert: Salzburg ist überall



Es wäre alles so einfach: Eine Referatsleiterin der Finanzabteilung hat durch riskante Transaktionen viel Steuergeld versemmt bzw. riskiert. Eine Einzeltäterin, quasi. Mittlerweile ist diese Darstellung der SPÖ-Spitze kollabiert. Dem Finanzbeirat lagen seit 2008 entsprechende Berichte vor. Eng wird's vor allem für SPÖ-Kronprinz Brenner. Die Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt. Übrigens

„gutgeht“ ist das nur die Ausnahme von der Regel. Damit gehen Methoden „kreativer Buchführung“ einher. Die neuen gesetzlichen Beschränkungen werden daran kaum etwas ändern! Die Gelder, welche über den Finanzausgleich (= Verteilung der Steuergelder) verfügbar sind, reichen nicht mehr. „Viele soziale Aufgaben werden zunehmend vom Bund auf Länder, Städte und Gemeinden verlagert. Das

jene Güter, die die Menschen wirklich benötigen oder sich leisten können. Daraus folgt Überproduktion und damit kombiniert ein Überangebot an Kapital, welches nicht mehr profitabel investiert werden kann. Das manifestiert sich im Trend, dass immer weniger Menschen in der Produktion arbeiten. Dies drückt das Verhältnis von realisierbarem Profit im Verhältnis zur Investition weiter. Als Fol-

gebunkert. Garniert wird die Lage mit Korruption, Querelen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden und der Tatsache, dass alle bürgerlichen Parteien sich am Interesse der Reichen und Unternehmen und nicht am Wohle der Bevölkerungsmehrheit (ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose) orientieren.

Dass es auch völlig anders geht, zeigt Liverpool in den 80er Jahren. Der Finanzausgleich zwischen

te er Tausende zu Stadtteilversammlungen, Demos und Streiks, um einen höheren Finanzausgleich zu erkämpfen. In der Zwischenzeit handelte er: 5.000 neue Sozialwohnungen wurden gebaut, im Öffentlichen Dienst wurde (bei vollem Lohn) die Arbeitszeit verkürzt und Kindergärten und Schulen ausgebaut. Die getätigten Maßnahmen und Finanzierungsmodelle wurden transparent ge-

Am Salzburger Finanzskandal offenbart sich die Unfähigkeit kapitalistischen Wirtschaftens.

gens ist es keineswegs ein reiner SPÖ-Skandal. 2003 war es ÖVP-LH-Stellvertreter Eisl, durch den die Referatsleiterin alle Vollmachten für Risikogeschäfte bekommen hat. Ihr unmittelbar Vorgesetzter, der nunmehr suspendierte Paulus, gilt als ÖVP-nah.

Es wäre jedoch unzureichend, dieses Desaster mit der Abgehobenheit und Dummheit so mancher PolitikerInnen der bürgerlichen Parteien erklären zu wollen. Salzburg ist kein Einzelfall. In den letzten Jahren wurden bei Ländern und Gemeinden Fälle von Spekulation und entsprechender Verluste bekannt. Gesetzliche Verbote werden nichts lösen. Und auch wenn es mal

bringt die Städte und Gemeinden mitunter in eine prekäre Situation.“ (Zitat Öst. Städtebund). Um Engpässe oder gar Pleiten abzuwenden, sucht man sein Heil in jenen Bereichen, in die sich auch große Konzerne und Banken stürzen.

Kapitalistisches Wirtschaften kann unsere moderne Gesellschaft nicht mehr weiterentwickeln. In der gegenwärtigen Krise werden die dem Kapitalismus zugrunde liegenden Tendenzen offensichtlich:

Untergrabung der industriellen Produktion: Aufgrund mangelnder Planung werden im Kapitalismus zu viele Waren hergestellt. Dabei sind dies oftmals nicht

ge gibt es einen weitreichenden „Investitionsstreik“ der Unternehmen und eine Erhöhung der Instabilität an den Finanzmärkten aufgrund verstärkter Spekulation mit überschüssigem Kapital.

Für Staaten und deren Budgets bedeutet dies zunehmende Verschuldung aufgrund sinkenden Wachstums. Im Vergleich zu den 50er Jahren muss heute eine etwa 5-fache Verschuldung für gleiches Wachstum in Kauf genommen werden. Hinzu kommen immer weniger Steuereinnahmen aus Vermögen und Besitz. Genau hier liegt Österreich weit unter dem EU-Schnitt. Zig Milliarden werden in steuererschonenden Stiftungen

britischer Zentralregierung und den verarmten ehemaligen Industrie-Hochburgen lief über viele Jahre zuungunsten Liverpools. Die neoliberale Regierung Thatcher leitete Geld hauptsächlich in jene privilegierten Gebiete, wo sie sich eine Mehrheit bei Wahlen erwartete. 1984 brach die damalige Vorgängerorganisation der englischen Schwesterpartei der SLP in Liverpool im Bündnis mit anderen Linken die Mehrheit der Labour Party und gewann Wahlen. Der nunmehr von echten SozialistInnen geführte Stadtrat setzte ein Programm um, welches mit der kapitalistischen Logik brach. Anstatt zu spekulieren, mobiliser-

te er Tausende zu Stadtteilversammlungen, Demos und Streiks, um einen höheren Finanzausgleich zu erkämpfen. In der Zwischenzeit handelte er: 5.000 neue Sozialwohnungen wurden gebaut, im Öffentlichen Dienst wurde (bei vollem Lohn) die Arbeitszeit verkürzt und Kindergärten und Schulen ausgebaut. Die getätigten Maßnahmen und Finanzierungsmodelle wurden transparent ge-

SLP-Programm genau erklärt:

Schluss mit Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

ten, viele haben nur eine Lernbehinderung. Sie bekommen ein „Taschengeld“ zwischen € 25 und € 250/Monat. Die Arbeit ist verpflichtend – produziert wird u.a. für Hilti, Kurkonditorei Ober-

wird in der Behindertenarbeit von der „Normalisierung“ (Leben soll jenem von „NormalbürgerInnen“ angepasst werden) gesprochen – dazu gehört auch eine kollektivvertragliche Bezahlung und das Recht auf Selbstorganisation. Wir sind der Meinung, dass Menschen mit Behinderung ebenfalls für ihre Interessen eintreten können und sollen! Das haben die Proteste von Betroffenen gegen Einsparungen im Sozialbereich gezeigt! Schluss mit der Bevormundung – die Gewerkschaft muss aktiv Menschen mit Behinderung organisieren! Nötig sind echte Vertretungen ähnlich wie Betriebsräte, mit Kündigungsschutz, Informationsrechten, Einspruchsrechten etc.!

Menschen sind nicht behindert, Menschen werden behindert.

Behindert „ist“ ein Mensch nicht einfach körperlich, seelisch oder geistig, behindert „wird“ ein Mensch auch durch soziale, gesellschaftliche und Umweltbeeinträchtigung. In Österreich leben ca. 1,6 Mio. Menschen zwischen 16 und 64 mit Behinderung. 124.000 Menschen mit Behinderung sind manifest arm. 2008 arbeiteten ca. 19.000 Menschen in Werkstät-

laa, Konica Minolta, Air Fire Tech, Internorm, Topic und das Unfallkrankenhaus Linz. Die verdienen daran und bekommen noch kostenlose Prestige-Werbung. Arbeitsrechte gibt es keine, die demokratische Mitbestimmung ist minimal. Zwar gibt es nun in einigen Behindertenwerkstätten „WerkstättenvertreterInnen“, doch sie haben kaum Rechte. Gerne

Bringen Wahlen eh nix?

Die Wahlbeteiligung sinkt. Immer mehr wollen keiner der etablierten Parteien ihre Stimme geben. Alle paar Jahre ein Kreuz bei der Partei machen, die den geringsten Brechreiz verursacht, ist keine demokratische Mitbestimmung. Warum also kandidieren oder wählen gehen? Das Wahlrecht wurde von der ArbeiterInnenklasse erkämpft. Es ist eine geringe Mitbestimmung – da sollte

niemand Illusionen haben, die Entscheidungen werden in den Chefetagen gefällt. Aber Wahlen geben ein Stimmungsbild wieder, sind eine Periode politischer Polarisierung und wie Liebknecht sagte, können Parlamente als „Bühne“ benutzt werden. Diese Bühne sollten wir nicht den Herrschenden überlassen. Für die SLP sind Wahlen eine Möglichkeit, eine sozialistische Alternative zu

den etablierten Parteien anzubieten, die auch gewählt werden kann. So nutzen gewählte VertreterInnen des CWI wie der EU-Parlamentarier Paul Murphy (der nur einen Durchschnittslohn bezieht) ihre Position, um sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen eine zusätzliche Stimme zu geben. Denn die wahre Politik wird auf der Straße gemacht.

Karin Wottawa

Spenden für antifaschistische Arbeit in Griechenland!

Die faschistische Partei „Goldene Morgenröte“ kommt in Umfragen auf bis zu 12 %, Tendenz steigend. „Jugend gegen Rassismus in Europa“ hat in Griechenland eine lange Tradition in antifaschistischer Arbeit. Aktuell geht es v.a. um den Aufbau antifaschistischer Komitees in den Nachbarschaften. Zur Koordinierung dieser Aktivitäten soll eine Teilzeitkraft angestellt werden. Der Aufstieg der Goldenen Morgenröte ist eine

Warnung für AntifaschistInnen in ganz Europa.

Unterstützt diese antifaschistische Arbeit in Griechenland finanziell!

Entweder durch eine Einmal-Spende oder einen Dauerauftrag von monatlich 5,-, 10,- oder mehr Euro. Danke!

PSK 8812.733 (Blz 60.000) – Verwendungszweck „JRE – Griechenland“



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr**
im **‘Wiener Café’**
Esplanade Gmunden

NIEDERÖSTERREICH

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18⁰⁰ Uhr**
im **‘Stockwerk’**
Jakominiplatz 18

SLP-Ortsgruppe

jeweils **Dienstag, 18³⁰ Uhr**
in der **‘Pizzeria La Piazza’**
20., Gaussplatz 7
Linie 31; Linie 5A – Gaussplatz
bzw. Nähe U4 Friedensbrücke

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Montag, 18³⁰ Uhr**
im **‘Alte Welt’**, Hauptplatz 4

SLP-Unigruppe

jeweils **Dienstag, 19⁰⁰ Uhr**
im **‘Café Safran’**, Hinterzimmer
4., Gusshausstraße 20
U1 / U2 / U4 Karlsplatz

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils **Mittwoch, 18³⁰ Uhr**
im **‘Shakespeare’**
Hubert-Sattler-Gasse 3
Nähe Mirabellplatz

SLP-Ortsgruppe

jeweils **Mittwoch, 18³⁰ Uhr**
im **‘Gasthaus Zypresse’**
7., Westbahnstraße 35A
U6 Burggasse; Linie 5

Kein SLP-Treffen in der Nähe?

Wir helfen Dir beim Aufbau!

Zahlreiche Termine und Veranstaltungshinweise auf www.slp.at

Andere über uns



Die SLP war von Anfang an in der Flüchtlingsbewegung aktiv. Ob auf Demonstrationen, im Camp oder in der Votivkirche: SLP-AktivistInnen leisteten einen wichtigen Beitrag. Das zeigt auch die Medienpräsenz der SLP während der Bewegung: Wir waren in den Zeitungen Österreich, Standard und Presse, in der Zeit im Bild, auf orf.at und sogar auf bbc. Aber auch abseits der Kameras wird die SLP weiter gemeinsam mit den Flüchtlingen kämpfen.

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen

ab € 7,-/Monat: **Alles inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto-Nr. 8812.733



Flüchtlingsprotest auch in Linz

Mehr auf Seite 5

Kapitalismus heißt Korruption

Strasser verurteilt, Grasser, Rumpold & Co nicht. Korruption ist Teil des Kapitalismus.



Privatisierungen, große Beschaffungen, die Vergabe öffentlicher Aufträge über Privatfirmen: Bei einem krisenbedingt schrumpfenden Markt buhlen die Firmen mittels Bestechung um Kunden. „NehmerInnen“ aus Politik und Verwaltung finden sich immer. Um Korruption effektiv zu bekämpfen, müssen wir bei diesen kapitalistischen Ursachen ansetzen. Dazu braucht es Druck aus der ArbeiterInnenklasse. Wir brauchen im Betrieb echte „Transpa-

renz“. Schluss mit dem Betriebsgeheimnis: Die Firmenbücher müssen geöffnet werden. Unternehmer können dann keine Profite verstecken, um Lohnerhöhungen vorzuenthalten. Und es fällt schwerer, Geld für eine Schmiergeldkassa abzuzweigen. Auch Geheimverhandlungen fördern Korruption – es braucht Verhandlungen, die von der Belegschaft kontrolliert werden können. Unabhängige Untersuchungskommissionen von Beschäftigten (et-

wa bei der BUWOG) und Gewerkschaften müssen Korruptionsfälle untersuchen; nur sie haben ein wirkliches Interesse an Aufdeckung. Schmiergelder (legal oder illegal) sind gestohlene Gehaltserhöhungen (z.B. Telekom, ÖBB, ASFINAG) – sie müssen zurückbezahlt werden. Und ein durchschnittliches ArbeitnehmerInnengehalt für PolitikerInnen! Keiner soll mehr verdienen als die Menschen, die er sie vertritt.

Michael Gehmacher

Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

› Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.200 Euro netto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.

› Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.

› Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!

› Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.

› Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

› Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Ausreichend Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.

› Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.

› Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle

› Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit. Keine Kooperation & kein Beitritt zu einem Militärbündnis.

› Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.

› Faschistische und rechtsextreme Organisation wie BFJ, NVP & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!

› SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik,

sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

› Hunger, Krieg, Armut & Verschuldung sind die Folge imperialistischer, neokolonialer Politik. Für internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung.

› Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten und der Gesellschaft.

› Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.

› Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.